INTEGRATION STATT REPRESSION

Am 8. Juni 1997 wurde der Artikel 29. des kantonalbernischen Polizeigesetzes an der Urne angenommen, und seit 1998 ist er in Kraft. Danach können *Personen vorübergehend von einem bestimmten Ort fern gehalten werden, wenn sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder stören*.
Wie in den letzten 4 Jahren wollen wir auch dieses Jahr am 8. Juni ein Zeichen setzen, dass wir mit dieser menschenverachtenden Politik nicht einverstanden sind.

ÖFFENTLICHER RAUM STATT WIRTSCHAFTS RAUM

Viele Massnahmen werden von Seite der Stadt durchgeführt, für die Organisationen und Betroffenen auf der Gasse sieht das Vorgehen jedoch konzeptlos aus. Es setzt hauptsächlich auf die Schiene der Repression (Wegweisungen, Bahnhof- und Parkordnungen, verstärkte Polizeipräsenz, etc.)
Die Kluft zwischen den Menschen die von der Gesellschaft an den Rand gedrängt werden, und denen, die (noch) „integriert“ sind, wird immer grösser. Zudem wird der öffentliche Raum zunehmend zu Wirtschaftsraum. Menschen ohne Konsum-Willen werden nicht mehr geduldet, und schlussendlich weggewiesen.
Und die Rot-Grüne Stadtregierung hat bisher kein ganzheitliches Konzept für die Gassenpolitik vorgestellt.

HINSCHAUEN STATT WEGSCHAUEN

Wir fordern ein durchdachtes und transparentes Konzept und wünschen Massnahmen..

.. die Menschenwürdig sind und die Integration fördern
.. die das bestehende Hilfsangebot umfassend ausbauen (d.h. genügend Notschlafmöglichkeiten, Dusch- und Hygieneeinrichtungen, längere Öffnungszeiten in der Anlaufstelle usw.)
.. die den öffentlichen Raum als Raum der Begegnung und nicht als Einnahmequelle erhalten!

GASSENNAHE INSTITUTIONEN, 8. JUNI 2005